



Demografiertypisierung 2020

Typ 11: Sehr wohlhabende Städte und Gemeinden
in Regionen der Wissensgesellschaft

Inhalt

Informationen zur Typisierung	3
1 Räumliche Einordnung	5
2 Charakteristika	6
3 Herausforderungen	9
4 Potenziale und Handlungsansätze	11
5 Indikatorenerläuterung	15

Kontakt

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Programm LebensWerte Kommune
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de | www.wegweiser-kommune.de

Informationen zur Typisierung

Die Typisierung 2020 wurde von der Faktor Familie GmbH auf der Grundlage des Datenportals Wegweiser Kommune gerechnet: Datenstand ist das Berichtsjahr 2018, Gebietsstand der 1. Januar 2019.

Mithilfe einer Faktorenanalyse wurden in einem ersten Schritt charakteristische Ausprägungen ausgewählter sozioökonomischer und demografischer Indikatoren analysiert und zu den drei Faktoren „Demografie“, „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ und „Sozioökonomie“ aggregiert. Im zweiten Schritt wurden mittels dieser Faktoren und einer Clusteranalyse über 3.000 Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohner:innen zu insgesamt elf Demografietypen zusammengefasst. Dabei wurden Kommunen so zu Gruppen zusammengefasst, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Typs möglichst gering, die Unterschiede zwischen den Typen aber möglichst groß sind.

Die Analysen und Beschreibungen der Handlungsansätze bauen auf den bisherigen Typisierungen auf, die 2017 von der Faktor Familie GmbH sowie vom Planungsbüro „STADTREGION. Büro für Raumanalysen und Beratung“ unter Einbeziehung von Experteninterviews entwickelt wurden. Die hier vorgestellten Handlungsansätze stellen einen Orientierungsrahmen für Kommunen dar, können die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune und spezifische, lokale Strategien aber nicht ersetzen.

Bei den Empfehlungen wurde ein breites Spektrum an Handlungsfeldern in den Blick genommen und je nach Typ priorisiert. Die Typisierung ist zu einem Zeitpunkt entstanden, zu dem noch nicht klar war, welche Auswirkungen die Coronapandemie mittel- und langfristig auf kommunales Handeln hat. Dies betrifft nicht nur den finanziellen Handlungsspielraum, sondern viele Handlungsfelder, wie Mobilität oder digitale Infrastrukturen. Die Frage, ob und wie sich unser Zusammenleben in den Städten und Gemeinden durch die Pandemie verändern wird, ist noch offen und konnte daher bei dieser Typisierung noch nicht berücksichtigt werden.

[Demografietypisierung – Methodische Erläuterungen](#)

[Demografietypisierung im Wegweiser Kommune](#)

Demografietyp 11

Sehr wohlhabende Städte und Gemeinden in Regionen der Wissensgesellschaft

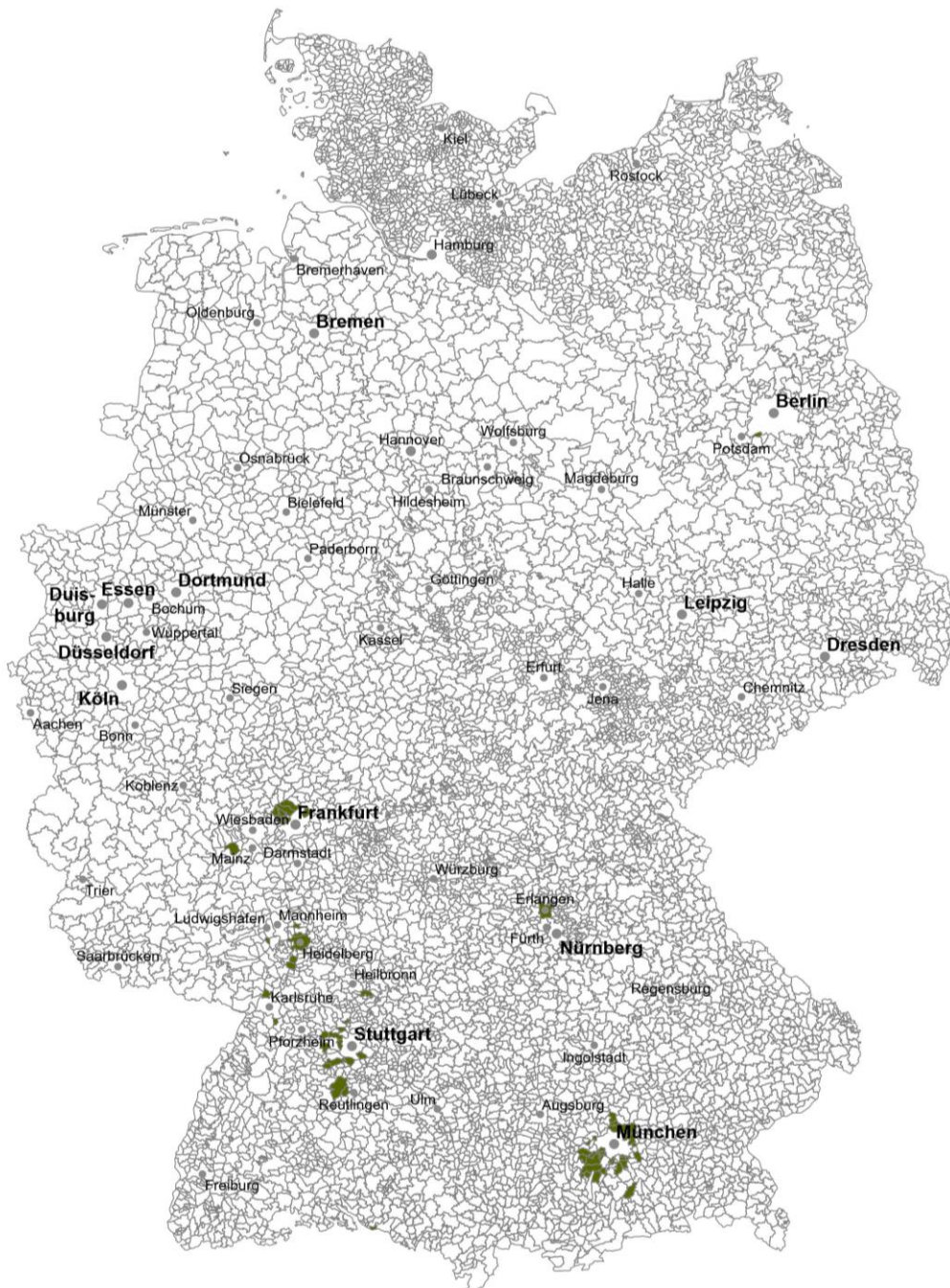
Insgesamt sind diesem Typ 65 Kommunen zugeordnet

- ⇒ Überwiegend kleinere und mittlere Gemeinden
- ⇒ Suburbane Gemeinden im dynamischen Umfeld größerer Städte
- ⇒ Viele Hochqualifizierte am Wohn- und Arbeitsort
- ⇒ Sehr wohlhabend und mit geringen sozialen Belastungen

1 Räumliche Einordnung

Zu Typ 11 zählen 65 Städte und Gemeinden, darunter die beiden kreisfreien Städte Heidelberg und Erlangen. Etwa 1,4 Millionen Einwohner:innen leben in diesen Kommunen, mehr als die Hälfte hat zwischen 10.000 und 25.000 Einwohner:innen und 29 Prozent haben zwischen 5.000 und 10.000. Die Einwohnerdichte ist relativ hoch, es gibt regionale Schwerpunkte um Wirtschaftsstandorte wie Frankfurt/Main, Stuttgart und München.

Abbildung 1: Lage der Kommunen des Typs 11

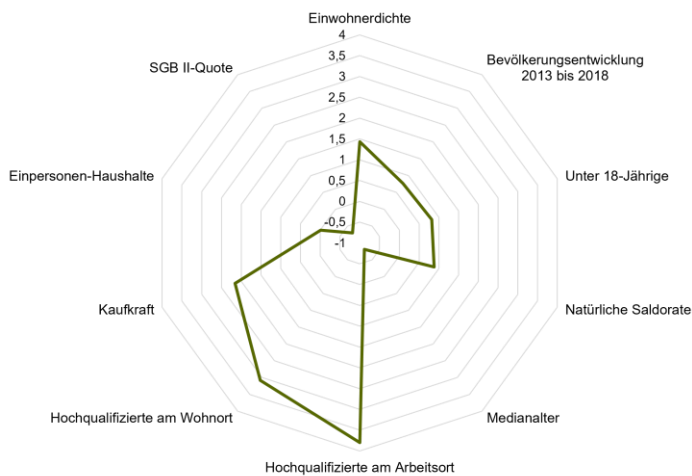


■ Demografietyt 11

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

2 Charakteristika

Abbildung 2: Profil des Demografietyps 11



z-transformierte Ausgangsindikatoren der Typisierung

■ Mittelwert des Typs 11

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Der Faktor „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ erreicht mit 3,44 den höchsten Wert aller Gemeindetypen. Ähnlich wie für die Gemeinden des Typs 10 „Wohlhabende Städte und Gemeinden im Umfeld von Wirtschaftszentren“ ergibt sich dies durch eine hohe Einwohnerdichte (10,4 Einwohner:innen je Hektar), aber besonders durch die sehr hohen Anteile an Hochqualifizierten, die in den Gemeinden arbeiten (31,6 Prozent) bzw. wohnen (29,2 Prozent). Hier handelt es sich wiederum häufig um suburbane Gemeinden im Umfeld von größeren Städten, die auch selbst als Wirtschaftsstandorte bedeutsam sind.

Dem entspricht der im Vergleich aller Typen höchste Wert des Faktors „Sozioökonomie“ von 1,45. Insbesondere die überdurchschnittliche Kaufkraft der privaten Haushalte, die im Mittel bei ausgesprochen hohen 68.421 Euro liegt, und eine SGB II-Quote von lediglich 3,3 Prozent kennzeichnen die Gemeinden dieses Typs als wohlhabende und prosperierende Kommunen. Im Unterschied zu den ebenfalls (stärker) städtisch geprägten Typen 6 und 7 sind in den Kommunen des Typs 11 demnach nur selten soziale Problemlagen der Bevölkerung präsent.

Der Faktor „Demografie“ und die zugehörigen Ausgangsindikatoren zur demografischen Situation dieser Gemeindegruppe hingegen liegen leicht oberhalb des Mittels aller Gemeindetypen. Diesbezüglich lassen sich keine bedeutsamen Besonderheiten erkennen, auch wenn die Gemeinden in den letzten fünf Jahren gewachsen sind. Dies trifft aber auf fast alle Gemeinden in den stärker städtisch geprägten Gemeindetypen zu, was sich sicher nicht zuletzt durch Zuwanderungen aus dem Ausland erklären lässt.

Tabelle 1: Mittelwerte und Standardabweichungen der Faktoren und Indikatoren des Typs 11

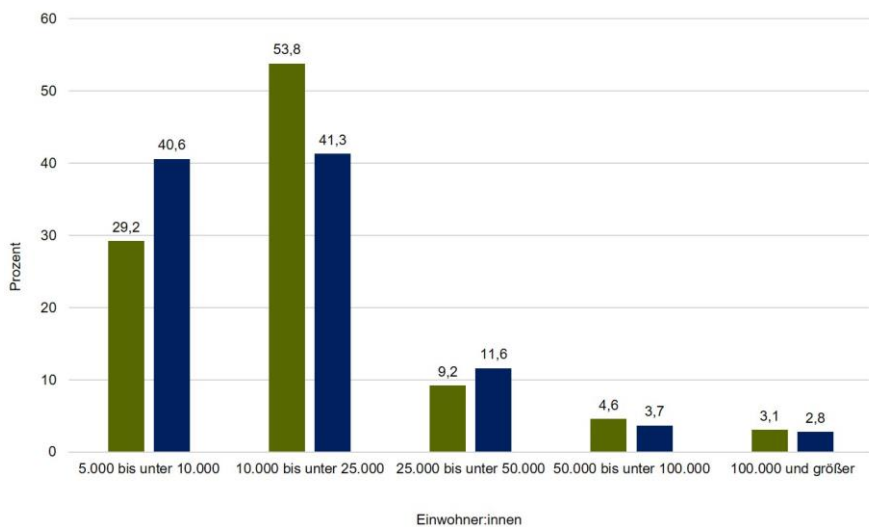
	Mittelwert des Typs 11	Median des Typs 11	Standardabweichung	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Faktor 1: Demografie	0,12	0,10	0,83	-1,86	2,13	0,00	
Faktor 2: Urbanität/Wirtschaftsstandort	3,44	3,11	1,01	2,03	7,32	0,00	
Faktor 3: Sozioökonomie	1,45	1,41	0,97	-0,51	4,70	0,00	
Ausgangsindikatoren							
Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	4,47	4,07	2,45	,48	12,76	1,98	2,08
Natürliche Saldorate* (je 1.000 Einwohner)	0,0	0,5	3,1	-8,7	7,7	-3,1	-2,7
Anteil unter 18-Jährige (%)	17,8	17,7	1,5	14,1	20,6	16,5	16,6
Medianalter	45,1	45,8	3,3	34,5	49,8	47,7	47,6
Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	10,4	8,8	7,4	2,1	41,2	3,9	2,2
Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	31,6	29,6	10,7	14,0	65,7	10,0	8,7
Hochqualifizierte am Wohnort (%)	29,2	28,6	5,9	17,5	45,0	12,1	10,5
Einpersonen-Haushalte (%)	35,6	35,4	5,9	17,9	46,0	35,6	35,7
Kaufkraft (Euro je Haushalt)	68.421	66.640	12.257	44.813	123.275	51.908	51.747
SGB II-Quote (%)	3,3	3,0	1,4	0,9	7,5	6,0	4,9

■ Kommunen des Typs 11

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Abbildung 3: Größenstruktur der Kommunen im Typ 11



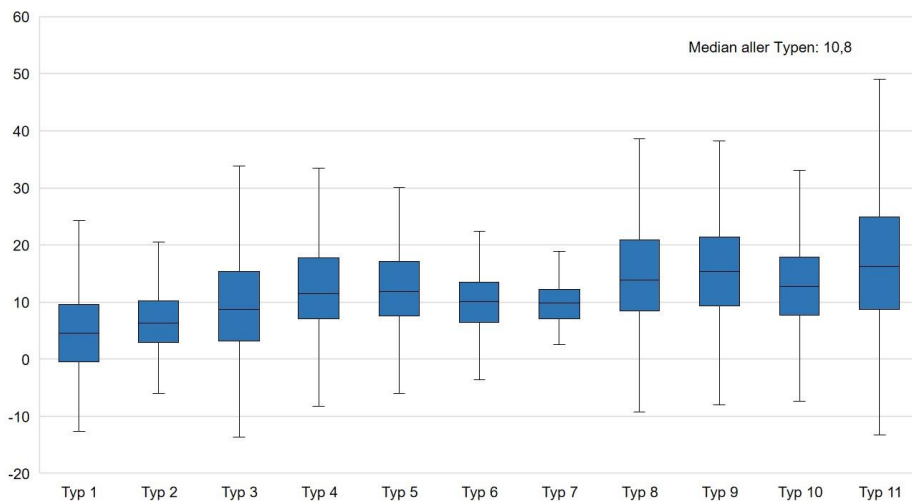
■ Kommunen des Typs 11 ■ Durchschnittswert aller Typen

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Weitere Kernindikatoren zur Beschreibung kommunaler Entwicklung

Ergänzend zu den sozioökonomischen Indikatoren, die in die Typisierung eingeflossen sind, kann der Indikator „Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen 5 Jahre“ Hinweise auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes aufzeigen. Offenbar gab es über alle Kommunen hinweg einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Bei den Kommunen im Typ 11 wird diese Entwicklung besonders deutlich: mit 16,3 Prozent liegt der Median hier deutlich über dem Median aller Typen (10,8 Prozent).

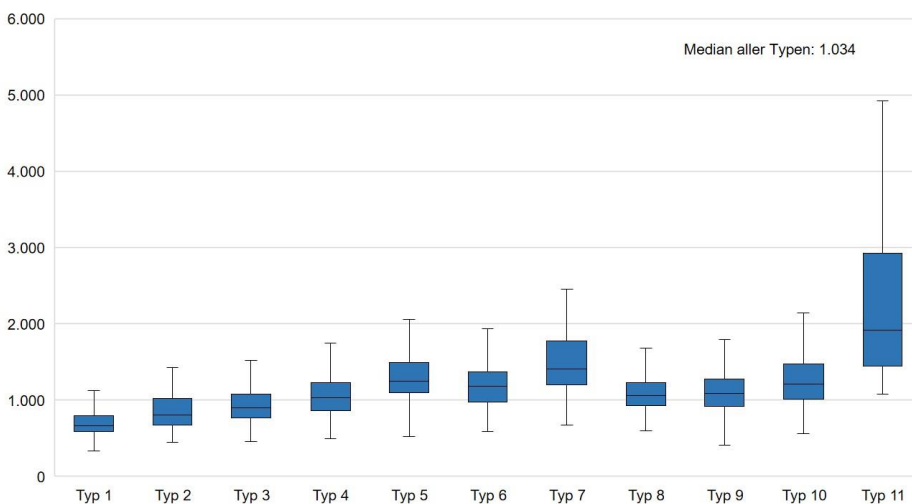
Abbildung 4: Arbeitsplatzentwicklung der Kommunen im Typ 11



■ Arbeitsplatzentwicklung der vergangenen 5 Jahre
 Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Die Steuereinnahmen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer) stehen für die Steuerkraft einer Kommune, die den finanziellen Handlungsspielraum für die aktive Gestaltung demografischer und sozioökonomischer Herausforderungen beeinflussen. Die Kommunen des Typs 11 weisen mit 1.918 Euro im Median deutlich höhere Werte auf als der Median aller Typen (1.034 Euro). Allerdings zeigt die extreme Spreizung von 1.074 Euro im Minimum zu 15.484 Euro im Maximum, wie unterschiedlich die Steuerkraft in den Kommunen verteilt ist.

Abbildung 5: Steuereinnahmen der Kommunen im Typ 11



■ Steuereinnahmen pro Einwohner* *gemittelt über die letzten 4 Jahre, nur Kommunen mit weniger als 5.000 € pro Einwohner
 Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Tabelle 2: Mittelwerte und Standardabweichungen demografischer Gegebenheiten des Typs 11

	Kommunen ohne Angaben	Mittelwert des Typs 11	Median des Typs 11	Standard-abw.	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Funktion/Siedlungsstruktur								
Einwohner		21.697	14.538	25.216	5.476	160.355	24.799	11.803
Pendlersaldo an der Bevölkerung - gesamt (%)		31,3	20,9	58,0	-39,2	242,4	-10,1	-14,8
Arbeitsplatzzentralität		1,51	1,32	0,92	0,38	4,49	0,84	0,77
Demografische Entwicklung								
Geburten* (je 1.000 Einwohner)		9,3	9,3	1,5	5,3	12,7	8,7	8,7
Anteil 65- bis 79-Jährige (%)		21,0	20,9	3,2	12,6	27,7	22,5	22,0
Anteil ab 80-Jährige (%)		6,4	6,2	1,5	3,5	11,6	6,7	6,6
Ausländeranteil (%)		15,4	15,4	3,8	5,4	26,0	9,5	8,8
Entwicklung Ausländeranteil** (%)	30	0,80	0,80	0,22	0,32	1,22	0,62	0,59
Wanderungen								
Bildungswanderung* (je 1.000 Einwohner)	31	22,4	11,7	39,3	-26,9	128,6	-6,2	-10,5
Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	31	13,9	13,7	13,5	-12,8	44,1	16,0	15,4
Alterswanderung* (je 1.000 Einwohner)	31	-2,4	-3,4	5,6	-15,6	17,3	1,0	0,4
Wanderungssaldo* (je 1.000 Einwohner)	31	8,2	8,3	4,5	-1,3	17,7	8,1	7,7
Wirtschaftliche Situation								
Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	1	17,2	16,3	15,4	-13,3	71,9	11,6	10,8
Steuereinnahmen pro Einwohner* (Euro je Einwohner)		2.976	1.918	2.902	1.074	15.484	1.142	1.034
Arbeitslosenanteil (%)		3,4	3,3	0,7	2,0	5,3	5,3	4,6
Sozioökonomische Situation								
Kinderarmut (%)	17	5,9	5,6	2,4	1,9	11,2	11,3	9,6
Beschäftigungsquote (%)		60,6	62,2	6,3	44,0	69,7	61,6	62,0
Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige(%)		53,1	53,8	5,0	37,3	60,7	51,8	52,1
Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)		91,4	91,2	7,3	78,1	129,5	89,4	88,4

■ Kommunen des Typs 11 * gemittelt über die letzten 4 Jahre ** gemittelt über die letzten 5 Jahre
 Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

3 Herausforderungen

Die Städte und Gemeinden im Typ 11 befinden sich insbesondere in Bezug auf die Faktoren Urbanität/Wirtschaftsstandort und Sozioökonomie in einer sehr guten Lage und zählen neben den Kommunen des Typs 9 „Wachsende familiengeprägte ländliche Städte/Gemeinden“ zu den am stärksten wachsenden und wirtschaftlich dynamischsten Städten und Gemeinden im Umfeld von Wirtschafts- und Wissenschaftszentren. Der nur leicht überdurchschnittliche Anteil der über 80-Jährigen verschafft den Kommunen einen Spielraum bei der Gestaltung der Alterung unserer Gesellschaft. Herausforderungen lassen sich jedoch bereits jetzt in Bezug auf die Sicherung von bedarfsgerechtem Wohnraum und der Lebensqualität älterer Menschen ausmachen. Kommunen im Typ 11 haben im Vergleich am stärksten vom Wachstum profitiert und sind auch durch ihre überdurchschnittliche finanzielle Ausstattung in einer sehr guten Ausgangsposition, um den demografischen Wandel aktiv zu gestalten.

Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels

Für diese Kommunen besteht eine grundlegende Aufgabe darin, Strategien für einen planvollen Umgang mit den absehbaren demografischen Veränderungen zu entwickeln und sie in die Konzepte zur Stadt- und Ortsentwicklung zu integrieren. Durch ihre vorteilhafte finanzielle Ausstattung, ihre hohe Attraktivität für Hochqualifizierte und die sehr gute Anbindung an Wirtschafts- und Wissenschaftszentren sind sie gut in der Lage, die absehbaren Altersentwicklungen und daraus resultierende wirtschaftliche Entwicklungen für einen planvollen Umgang mit den demografischen Veränderungen zu nutzen und sich rechtzeitig darauf einzustellen. Eine Herausforderung wird die überdurchschnittlich hohe Zuwanderung neuer Mitbürger:innen sein.

Anpassung der Infrastrukturen und Sicherung der Daseinsvorsorge

Mit der absehbaren demografischen Entwicklung und der Zuwanderung von Geflüchteten wird sich die Lage auf den lokalen Wohnungsmärkten weiter anspannen und insbesondere für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen wird es schwerer werden, eine passende Wohnung zu finden. Die Sicherung eines bedarfsgerechten

Wohnungsangebots verlangt somit, die Zahl der Wohnungen zu erhöhen und das Wohnungsangebot stärker an den veränderten Altersstrukturen sowie Wohntrends auszurichten.

Die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen stellt die Städte und Gemeinden vor die Aufgabe, ihre Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Unterstützung einer selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter auszubauen. Sie sollten ihre Siedlungsentwicklung an ihrer demografischen Entwicklung ausrichten und sich dabei vorrangig auf die Innenentwicklung konzentrieren.

Die Städte und Gemeinden im Typ 11 sind begehrte Wohn- und Arbeitsorte. Im Wettbewerb um junge Bewohner:innen und Arbeitskräfte sollten sie dennoch bei der Planung die zunehmenden Bedarfe einer alternden Gesellschaft in den Blick nehmen und sowohl die Wohn- als auch die Lebensqualität den Vorstellungen der zunehmend unterschiedlichen Haushalts- und Lebensstiltypen entsprechend anpassen. Für diese Standorte sind auch in Zukunft die Bedeutung von Bereichen wie Bildung, Kultur und Mobilität sowie die Unterstützung von Familien bei der Bewältigung des Alltagslebens wichtige Standortfaktoren.

Integration von Migrant:innen und Geflüchteten

Die Organisation von Wohnraum für Migrant:innen ist für die Politik und Verwaltung der Kommunen eine wichtige Aufgabe, denn als suburbane Gemeinden haben sie in den vergangenen Jahren stark von der Zuwanderung profitiert. Die Zuwanderung kann hier als Chance für eine Verjüngung der Bevölkerung, für die weitere Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots und als eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt und Innovationskraft verstanden werden. Dies verlangt eine zeitnahe Integration der Migrant:innen und Geflüchteten und kurzfristige Maßnahmen in vielen kommunalen Handlungsfeldern. Im Zentrum wird für diese Kommunen die Aufgabe stehen, den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft zu sichern und Polarisierung und Exklusion zu verhindern.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Neben die Aufgabe, auch zukünftig für eine Sicherung der Attraktivität als Wohnstandort zu sorgen, tritt die Sicherung der wirtschaftlichen Stärke. Ein größerer Anteil der Kommunen sind Wirtschafts- oder Wissenschaftsstandorte mit einer sehr dynamischen und sehr hoch entwickelten Wirtschaftsstruktur. Ihr weiterer wirtschaftlicher Erfolg wird davon abhängen, ob auch zukünftig ausreichend qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Hierzu sollten Kommunen im Typ 11 ihre zentralörtlichen Funktionen ausbauen und ihre sogenannten „weichen Standortqualitäten“ auch an die zukünftig steigenden Anforderungen anpassen.

Informations- und Kommunikationstechnologien bieten dabei vielfältige Ansatzpunkte zur zusätzlichen Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit und zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Als Innovationstreiber eröffnen sie zudem der lokalen und regionalen Wirtschaft zusätzliche Tätigkeits- und Wachstumsfelder. Um diese Entwicklungspotenziale zu nutzen, sollten Politik und Verwaltung die intelligente Vernetzung ihrer Gemeinde vorantreiben.

Ausbau interkommunaler und regionaler Kooperation

Überlokale Abstimmungen in zentralen Handlungsfeldern wie Wohnen, Arbeit, Infrastrukturversorgung oder öffentlicher Nahverkehr sind eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige Ortsentwicklung. Dies gilt vor allem für die Städte und Gemeinden, die eng mit dem Metropolraum verflochten sind. Bei der Bearbeitung von Herausforderungen werden regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen vor Ort, auch mit privaten Akteur:innen, eine wichtige Rolle spielen. Die Städte und Gemeinden sind deshalb aufgerufen, die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen weiter zu verstärken.

Die Alterungsprozesse, die in den kommenden Jahrzehnten in den Kommunen zu erwarten sind, stellen auch ein Potenzial für die Bürgergesellschaft dar. Vielfach sind es gerade die „jungen Alten“, die sich zivilgesellschaftlich engagieren wollen und damit einen wichtigen Beitrag für die Gemeinschaft leisten können. Sie benötigen dafür aber einerseits Unterstützungsstrukturen und andererseits gewisse Entscheidungsfreiheiten. Insbesondere der große Anteil an Zuwander:innen bietet viele Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Organisationen, das Gemeinschaftsleben kulturell zu bereichern. Die Kommunen sind somit gefordert, gemeinsam mit den engagierten Bürger:innen neue Formen der Beteiligung und der Mitgestaltung zu entwickeln.

4 Potenziale und Handlungsansätze

Die Städte und Gemeinden des Typs 11 befinden sich aufgrund ihrer demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in einer günstigen Ausgangslage, die erforderlichen Anpassungen zu leisten:

- Durch die positive Bevölkerungsentwicklung ergeben sich Handlungsspielräume und Möglichkeiten zu agieren, statt nur zu reagieren.
- Aufgrund ihrer urbanen Kultur werden sie weiterhin jüngere Bevölkerungsgruppen anziehen. Das hat positive Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und gibt ihnen Zeit, sich auf die Herausforderungen durch die Alterung der Bevölkerung einzustellen.
- Das dynamische Wachstum der Wirtschaftsleistung und der große und differenzierte Arbeitsmarkt machen die Stadtregionen sehr attraktiv für qualifizierte und hoch qualifizierte Beschäftigte.
- Die recht hohe urbane Dichte sichert Vielfalt der Waren-, Dienstleistungs-, Kultur- und Bildungsangebote sowie kurze Wege und gute Erreichbarkeit.
- Die soziale, wirtschaftliche und ethnische Vielfalt der Stadtbevölkerung kann ein Potenzial für gesellschaftliche und ökonomische Innovationen sein, da sie kreative Menschen anzieht und die Entstehung kreativer Milieus fördert.
- Hohe Einkommen und hohe Kaufkraft der Bevölkerung machen die Städte und Gemeinden interessant für die Ansiedlung von Handels- und haushaltsorientierten Dienstleistungsunternehmen.
- Die Kommunen haben große Ressourcen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bearbeiten. Sie verfügen über finanzielle Handlungsspielräume.

Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Die Kommunen des Typs 11 verfügen über eine sehr hohe Standortqualität und Entwicklungspotenziale, doch auch sie müssen auf das Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Alterung und zunehmender Heterogenisierung ihrer Einwohner:innen mit weitsichtigen Gestaltungskonzepten reagieren. Handlungsdruck entsteht insbesondere durch die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen, aber auch bezüglich der umfassenden Integration neuer Einwohner:innen. Städte und Gemeinden sollten in der Verwaltung ressortübergreifende Strukturen schaffen und proaktiv in den Handlungsfeldern Wohnraumversorgung, Siedlungsentwicklung, Familien- und Seniorenpolitik, Mobilität, Umwelt und Wirtschaft handeln.

Nicht alle Kommunen verfügen über die Ressourcen oder das erforderliche Know-how, ein Handlungs- und Maßnahmenkonzept zu entwickeln. Die kleineren Städte und Gemeinden sollten sich deshalb der Unterstützung der Landkreise oder externer Institutionen bedienen oder sich ggf. mit Nachbarkommunen, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen, zusammenschließen. Alle Kommunen sollten prüfen, welche Landes-, Bundes- und EU-Programme bzw. Modellvorhaben und Angebote landes- und bundesweiter Initiativen sie für die Verwirklichung ihrer Ziele nutzen können.

Eine wichtige Voraussetzung für effiziente Steuerungsprozesse sind belastbare Grundlageninformationen über lokale und regionale Entwicklungen. Hilfreich für die kontinuierliche Beobachtung der demografischen Entwicklung und ihrer Effekte sind Monitoringsysteme, mit denen sich die örtliche Situation und Perspektive zeitnah erfassen lassen. Der Aufwand für die Einrichtung von Beobachtungs- und Monitoringsystemen hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert, sodass die Hürden auch für kleinere Gemeinden niedriger geworden sind. So veröffentlichen fast alle Bundesländer regelmäßig regionalisierte Bevölkerungsanalysen und Vorausberechnungen, die Bertelsmann Stiftung stellt im „Wegweiser Kommune“ eine umfassende Sammlung von Daten und Informationen für alle Kommunen über 5.000 Einwohner:innen zur Verfügung.

Im Rahmen der Siedlungspolitik sollten Kommunen ihre Siedlungsentwicklung auf die Innenentwicklung ausrichten. Ein kommunales Siedlungsflächenkonzept sollte auf den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Demografiefestigkeit basieren, die Bevölkerung frühzeitig in die Konzeption eingebunden werden. Neubaumaßnahmen sollten so weit wie möglich auf infrastrukturell erschlossene Flächen im Siedlungsbestand gelenkt und Potenziale für die Verdichtung, Wiedernutzung, Umnutzung und Aufstockung wahrgenommen werden.

Die Städte und Gemeinden sind begehrte Wohnstandorte. Um dieses Profil zu erhalten und als Zuzugsort weiterhin attraktiv zu bleiben, müssen sie berücksichtigen, dass sich die Einwohner- und Haushaltsstrukturen und damit auch Vorstellungen von Wohnqualität wandeln. Es ist daher für die Kommunen eine Schlüsselaufgabe, dafür zu sorgen, dass das Wohnungsangebot vergrößert wird. Zugleich müssen sie darauf Einfluss nehmen, dass die Wohnraumbedarfe aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Ein weiterer wichtiger Faktor ist hierbei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wozu etwa die verstärkte Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinkinder, Angebote der Kinderbetreuung sowie Unterstützung bei der Pflege älterer Angehöriger zählen.

Bildung und Kultur gewinnen im Kontext der zukunftsorientierten Stadtentwicklung ebenfalls zunehmend an Bedeutung. Beide gehören zu den sogenannten „weichen Standortfaktoren“, die häufig ausschlaggebend sind für die Wohnstandortwahl von Familien und jungen Menschen und für Standortentscheidungen von Unternehmen. Zu den Herausforderungen für die Kommunen im Typ 11 zählt mittel- bis langfristig auch eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, die eine selbstständige Lebensführung bis ins hohe Alter unterstützt und durch Formen von Integration, Kommunikation und Unterstützung fördert.

Die Ortskerne und Stadtzentren sind von zentraler Bedeutung für die Identifikation der Bürger:innen mit ihrem Wohnort und gleichzeitig das „Aushängeschild“ für Besucher:innen und potenzielle Zuwander:innen. Vielerorts aber haben sich Wachstumskräfte auf Randbereiche gerichtet und in den Kernbereichen damit zu einem Verlust von Funktionen geführt. Die Städte und Gemeinden müssen einer solchen Entwicklung entgegenwirken und die Stärkung ihres Zentrums als wichtige Zukunftsaufgabe verstehen.

Die Gewährleistung von Mobilität gehört zu den wichtigen kommunalen Aufgaben. Dabei geht es sowohl um die Anbindung an die Kernstädte bzw. die Mobilität innerhalb des Ballungsraums als auch um die Mikroverkehre innerhalb der Kommunen. Die Städte und Gemeinden sollten davon ausgehen, dass Berufs- und Ausbildungs-pendlerverkehre ebenso wie Freizeitverkehre weiter zunehmen werden. Sie müssen andererseits davon ausgehen, dass mit der gesellschaftlichen Alterung die Zahl der nicht motorisierten Einwohner:innen zunimmt und unter den Jüngeren Mobilitätsformen jenseits des privaten PKW an Attraktivität gewinnen.

Schon derzeit kommt dem öffentlichen Personenverkehr eine große Bedeutung bei der Bewertung von Standortattraktivität zu. Zur Verbesserung der innerörtlichen Situation sollten die Kommunen überprüfen, welche Anpassungs- und Aufwertungsmaßnahmen für eine zukunftsorientierte Mobilitätssicherung erforderlich sind, und dabei jeweils auf die Bedarfe spezieller Nutzergruppen, wie Kinder und Jugendliche, hochbetagte Menschen und Berufstätige, achten. Hierzu zählen eine schlüssige Netzplanung für den Radverkehr, für Service- und Ladestationen für Elektrofahrräder und -autos sowie die Vernetzung verschiedener Mobilitätsformen.

Migration und Integration

Geflüchtete und andere internationale Zuwander:innen verlangen von den Städten und Gemeinden weitsichtige Strategien und kurzfristig koordinierte Maßnahmen, um den zugewanderten Menschen Möglichkeiten zur Teilhabe im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu eröffnen und ihnen ein schnelles Einleben zu erleichtern. Soziale Segregation gilt es zu vermeiden, Begegnungsmöglichkeiten in kulturell gemischten Nachbarschaften und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, etwa indem Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit Migrant:innen besetzt werden, stellen einen Teil der möglichen Maßnahmen dar. Die Betreuung und Unterstützung der Geflüchteten werden vielerorts in hohem Maße durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt. In der Bevölkerung sollte um stärkere Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten und Migrant:innen geworben und in der Kommune ein Geflüchtetenmanagement mit Informations- und Beratungskompetenzen eingerichtet werden.

Die Aufgaben bei der Integration von Zuwander:innen sind vielfältig: Sie reichen von der Koordinierung der eigenen Aktivitäten über die Wohnraumbeschaffung bis zur Organisation von Sprachunterricht und Aufnahme und Förderung von Migrantenkindern in Schulen und Kitas. Vor allem aber geht es darum, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ausbildung zu ermöglichen und Erwachsene in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Die möglichst schnelle Integration in den Arbeitsmarkt gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe der Zuwander:innen im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Je länger sie zur Untätigkeit verurteilt sind, desto schwerer werden sie sich vor Ort einleben und desto schwieriger wird es, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern. Sprachkurse für Erwachsene und ein umfangreiches Sprachkursangebot sowie Mentoren-Leseprogramme als auch Patenschaften für Kinder fördern die frühzeitige gesellschaftliche und berufliche Integration.

Bei der Wohnraumversorgung sollten Übergangslösungen, räumliche Konzentration und Ausgrenzung von Zuwander:innen vermieden und Wohnraum stattdessen in bestehende Wohngebiete gelegt werden. Durch die Vernetzung der lokalen und regionalen Akteur:innen, durch direkten und informellen Austausch unter den Beteiligten über Erfahrungen und Erfolge mit Projekten und Maßnahmen können Ressourcen effektiver eingesetzt werden. Die Kommunen sollten solche Möglichkeiten nutzen und zum einen an bereits tätigen regionalen Netzwerken teilnehmen (z. B. Integrationsnetzwerk, Ausbildungsverbund), zum anderen versuchen, selbst Netzwerke zu initiieren.

Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Die Städte und Gemeinden im Typ 11 sind Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte in wissensökonomisch profilierten Regionen. Diese Stellung gilt es im regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb zu stärken, um Investitionen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu halten.

Eine wichtige Rolle kommt dabei den sogenannten „weichen Standortfaktoren“ zu und die Städte und Gemeinden sollten die Sicherung und Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität für die unterschiedlichen Bevölkerungs- und Lebensstilgruppen auch als Stärkung der Standortfaktoren für die Wirtschaft sehen. Das heißt, dass sie neben dem Wohnraumangebot auch der Familienfreundlichkeit, der Qualität von Bildungs- und Kulturangeboten, der Attraktivität des öffentlichen Raums und der Qualität des sozialen und kulturellen Zusammenlebens eine große Bedeutung zumessen müssen.

Mit den zunehmenden Standortflexibilitäten eröffnen sich für die Kommunen des Typs 11 zusätzliche Entwicklungschancen. Die meisten Städte und Gemeinden sind in einer guten Position, den intensiven Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien voranzutreiben. Der Ausbaustandard der notwendigen technischen Infrastrukturen – Breitband und mobiles Internet – ist gut bzw. die Nachfrage der Nutzer:innen ausreichend groß, um die schnelle Anpassung an den erforderlichen technischen Standard für die Anbieter:innen wirtschaftlich interessant zu machen. Die Städte und Gemeinden sollten daher den Ausbau zu einer intelligent vernetzten

Kommune vorantreiben und im Hinblick auf zukünftige Anwendungs- und Handlungsfelder, wie zukünftige Formen der Mobilität und Energieerzeugung und -nutzung, digitale (Weiter)Bildung, kommunalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten und elektronische Dienstleistungsangebote der Verwaltung, planen.

Durch das Internet ist das Spektrum der Tätigkeiten und Arbeitsplätze, die „footloose“ geworden, also nicht ortsgebunden sind, stark angestiegen. Viele hoch qualifizierte Tätigkeiten lassen sich vom Wohnstandort aus durchführen und die Kombination von Wohnen und Arbeiten unter einem Dach lässt sich zunehmend auch in den Umlandgemeinden von Wirtschaftszentren verwirklichen.

Die Kommunen sollten dieses Potenzial nutzen und durch eigene Maßnahmen verstärken. So könnten sie z. B. ihre Standortattraktivität für Selbstständige und Start-ups durch die Initiierung und Förderung von Co-Working Centers erhöhen. Eine solche Einrichtung mit hochwertiger technischer und insbesondere digitaler Infrastruktur, ergänzt um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung und ggf. eine Tagespflege, würde Arbeitskräften das tägliche Pendeln in die Kernstadt oder an einen anderen Ort im Wirtschaftsraum ersparen und damit den Wohnstandort attraktiver machen.

Interkommunale und regionale Kooperation

Die Profilierung und Stärkung sowohl als regionales Wirtschaftszentrum wie als Wohnort bedarf einer intensiven Abstimmung mit den umliegenden Kommunen und eines Ausbaus der Kooperationsbeziehungen. Die regionale Zusammenarbeit wird für die Städte und Gemeinden immer wichtiger, weil sich viele Zukunftsaufgaben nur realisieren lassen, wenn Ressourcen gebündelt und Lösungen in Zusammenarbeit von Kommunen, Wirtschaft und weiteren Kooperationspartner:innen (insb. Bildungsträgern, Verkehrsbetrieben, Kultureinrichtungen) gefunden werden.

Wenngleich viele Städte und Gemeinden bereits in Kooperationsnetzwerke eingebunden sind, gilt doch für alle, dass sie sich für eine Intensivierung der regionalen und interkommunalen Kooperation einsetzen und in den für sie wichtigen Handlungsfeldern aktiv und kreativ mitarbeiten sollten. Dafür müssen vielerorts aber erst noch kooperative Politikformen entwickelt werden, die ermöglichen, dass alle Partner:innen auf Augenhöhe miteinander verhandeln und dass unproduktiver Wettbewerb vermieden wird und Lasten auf alle Schultern verteilt werden.

5 Indikatorenerläuterung

Alterswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der über 65-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$(\text{Zuzüge 65-Jährige und älter} - \text{Fortzüge 65-Jährige und älter}) / \text{Bevölkerung 65-Jährige und älter} * 1.000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Anteil unter 18-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung beträgt x %.
Berechnung	$\text{Bevölkerung unter 18 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil 65- bis 79-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter von 65 bis unter 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse nach Eintritt in den Ruhestand.
Berechnung	$\text{Bevölkerung 65 bis 79 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil ab 80-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter ab 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse der Hochbetagten.
Berechnung	$\text{Bevölkerung ab 80 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Arbeitslosenanteil an den SvB (%)	
Erklärung	x % der Erwerbspersonen sind arbeitslos. Arbeitslosenzahl: Jahresdurchschnitt. Erwerbspersonen in diesem Zusammenhang: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Wohnort + Arbeitslose
Berechnung	$\text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre} / (\text{SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre} + \text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	
Erklärung	Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert. Arbeitsplatzzuwachs oder Arbeitsplatzabbau im Verhältnis zu den bestehenden Arbeitsplätzen: Ein hoher positiver Wert weist auf eine hohe positive wirtschaftliche Dynamik hin.
Berechnung	$(\text{SvB am Arbeitsort} - \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren}) / \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren} * 100$ (Stichtag: 30.6.)

Arbeitsplatzzentralität	
Erklärung	Eine höhere Bedeutung einer Gemeinde als Arbeitsort denn als Wohnort äußert sich in einem Wert > 1. Dies bedeutet, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) dort arbeiten als wohnen. Umgekehrt bedeutet ein Wert < 1, dass mehr SvB dort wohnen als arbeiten.
Berechnung	$\text{SvB am Arbeitsort} / \text{SvB am Wohnort}$ (Stichtag: 30.6.)

Ausländeranteil (%)	
Erklärung	x % der Einwohner sind ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl ausländischer Einwohner / Anzahl Einwohner insgesamt * 100

Beschäftigungsquote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldet.
Berechnung	(SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre) / (Bevölkerung 15 bis 64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.)

Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der am Wohnort sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldeten Personen im Alter von 55 Jahren und mehr an der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren beträgt x %.
Berechnung	SvB am Wohnort 55 bis 64 Jahre / Bevölkerung 55 bis 64 Jahre * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.)

Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	
Erklärung	Die Bevölkerungszahl hat über die vergangenen 5 Jahre um x % zugenommen/abgenommen.
Berechnung	(Bevölkerungsstand zum 31.12.[2018] – Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013]) / Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013] * 100

Bildungswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). Zu beachten ist, dass in der jüngsten Vergangenheit durch die Zuwanderung von Geflüchteten die bisher wirksamen Dynamiken überlagert werden. Die Geflüchteten ergänzen also die Kohorte der zum Bildungserwerb wandernden Personen.
Berechnung	(Zuzüge 18- bis 24-Jährige – Fortzüge 18- bis 24-Jährige) / Bevölkerung 18- bis 24-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Einpersonen-Haushalte (%)	
Erklärung	x % aller Haushalte in der Kommune sind Einpersonen-Haushalte.
Berechnung	Einpersonen-Haushalte / Anzahl Haushalte * 100

Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	
Erklärung	Pro Fläche in Hektar gibt es x Einwohner.
Berechnung	Gesamtbevölkerung / Fläche in ha

Entwicklung Ausländeranteil (%)	
Erklärung	Der Ausländeranteil hat sich, gemittelt über die letzten 5 Jahre um x % entwickelt.
Berechnung	(Ausländeranteil zum 31.12.[2018] – Ausländeranteil zum 31.12.[2013]) / Ausländeranteil zum 31.12.[2013] * 100

Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	(Zuzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige – Fortzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige) / Bevölkerung 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Geburten (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Innerhalb des Jahres wurden in dem betrachteten Gebiet x Personen auf je 1.000 Einwohner geboren. Die natürlichen Bevölkerungsveränderungen sind in fast allen Kommunen niedriger als die Wanderungen.
Berechnung	Lebendgeburten / Bevölkerung * 1.000 (Bezugsjahre: Lebendgeburten und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Hochqualifizierte am Wohnort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) Einwohner der Kommune haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Wohnort / SvB am Wohnort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Kaufkraft (Euro je Haushalt)	
Erklärung	Das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts beträgt x Euro. Die allgemeine Kaufkraft umfasst die Summe aller Nettoeinkünfte (Arbeitslohn, Rente, Sozialleistungen, Kindergeld). Der Indikator weist auf die wirtschaftliche Stärke einer Kommune bzw. ihrer Einwohnerschaft hin.
Berechnung	Summe aller Haushaltsnettoeinkommen / Anzahl Haushalte

Kinderarmut (%)	
Erklärung	X % der Bevölkerung unter 15 Jahren erhalten Sozialgeld nach SGB II. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl nicht erwerbsfähiger Leistungsbezieher (LB) unter 15 Jahren + nicht Leistungsberechtigter (NLB) unter 15 Jahren (Stichtag: im Dezember) / Anzahl Einwohner unter 15 Jahren * 100

Medianalter (Jahre)	
Erklärung	Das Medianalter ist das Lebensalter, das eine Population statistisch in zwei gleich große Gruppen teilt: 50 % der Bevölkerung sind jünger und 50 % sind älter als dieser Wert. Im Gegensatz zum Durchschnittsalter werden Verzerrungen durch Extremwerte vermieden. Gibt einen Hinweis auf den Fortschritt des Alterungsprozesses der Bevölkerung.
Berechnung	Alter des n/2-ten Einwohners bei einer Rangfolgenbildung nach erreichtem Lebensalter

Natürliche Saldorate (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z wurden x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr geboren, als gestorben sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$((\text{Lebendgeburten} - \text{Sterbefälle}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Lebendgeburten, Sterbefälle und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Pendlersaldo an der Bevölkerung – gesamt (%)	
Erklärung	Der Pendlergewinn bzw. -verlust pro 100 Einwohner der erwerbsfähigen Bevölkerung beträgt x Personen. Pendlersaldo = Einpendler – Auspendler. Ein positiver Pendlersaldo bedeutet, es pendeln mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) in die Kommune ein als aus. Pendeln dagegen mehr SvB aus der Kommune aus als ein, dann handelt es sich um einen negativen Pendlersaldo.
Berechnung	$(\text{Anzahl SvB Einpendler} - \text{Anzahl SvB Auspendler}) / \text{Bevölkerung 15 bis 64 Jahre} * 100$

SGB II-Quote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld).
Berechnung	$\text{Anzahl Leistungsberechtigter (LB) nach SGB II (Stichtag: im Dezember)} / \text{Anzahl Einwohner unter 65 Jahren} * 100$

Steuereinnahmen pro Einwohner (Euro je Einwohner)	
Erklärung	Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro pro Einwohner. Die Steuereinnahmen der Gemeinde (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) pro Einwohner bezeichnen die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.
Berechnung	$\text{Steuereinnahmen} / \text{Gesamtbevölkerung}$ (Steuereinnahmen = Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer. Bezugsjahre: Steuereinnahmen und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.)

Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)	
Erklärung	Die Frauenbeschäftigungsquote beträgt x % der Männerbeschäftigungsquote. Sind mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB), liegt der Wert bei über 100 %. Bei einem Wert von unter 100 % sind mehr Männer als Frauen in den Arbeitsmarkt integriert.
Berechnung	$\text{SvB Frauen am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Frauen 15 bis 64 Jahre} / (\text{SvB Männer am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Männer 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Wanderungssaldo (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$\text{Zuzüge} - \text{Fortzüge} / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Zuzüge, Fortzüge und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Project Manager | Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81 832 | 81347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de

Der *Text* und die *Grafiken* dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0. International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Davon ausgenommen sind das Logo der Bertelsmann Stiftung sowie das Titelbild.

Titelbild: Max Böttinger / Unsplash – [Unsplash License](#)

Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2020). Demografietypisierung 2020 – Typ 11: Sehr wohlhabende Städte und Gemeinden in Regionen der Wissensgesellschaft. Gütersloh.

Datum der Veröffentlichung: 30. November 2020

www.bertelsmann-stiftung.de